

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Behebung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abzug 160 Pf. Alle Bestellungen länger und Geschäftsstellen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Rücksendung eingehender Schriftstücke erfolgt auf, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gespaltene Raumzeile im täglichen Blatt 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 283 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2840      Freitag, den 5. Dezember 1930

## Randbemerkungen eines Steuerzahlers.

Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat zum Reichshaushalt 1931 eine Rede gehalten. Sonst würde der Steuerzahler, daß damit gewöhnlich auch gleich insolge Anwachsend der Ausgaben eine oder mehrere Steuererhöhungen angeündigt wurden. Jetzt aber sollen ja die Ausgaben um anderthalb Milliarden Mark gesenkt werden, soll an diesem „Sparen!“ Deutschlands Reichshaushalt genesen und dem Steuerzahler bzw. der Wirtschaft dadurch neue Hoffnung und neuer Mut eingeschloßt werden.

Staatsreden pflegen entweder amüßant zu sein, — dann sind sie in der Regel aber nicht sachlich. Und wenn ihr Inhalt von Kopf bis Fuß auf Sachlichkeit eingestellt ist, dann ist solch eine Rede sicherlich zwar sehr „interessant“, im übrigen aber — äußerst langweilig. Und meist hat sie obendrein noch den Nachteil, sehr lang zu sein. Staatsreden von Finanzministern sind denn gewöhnlich auch ganz besonders mit Sachlichkeit und deren beiden eben erwähnten Folgeerscheinungen angefüllt, da der Stoff, den sie behandeln müssen, an sich schon trocken genug ist; außerdem ist ein deutscher Reichsfinanzminister immer in der überaus unangenehmen Lage, einen Haushalt vertreten zu müssen, der kurzweiliges oder Erfreuliches auch nicht in einem einzigen Punkt aufweist, bei dem sich vielmehr das Unerfreuliche so ziemlich bei jedem Kosten hervordrängt.

Das war eigentlich immer so in den letzten zwölf Jahren, bald mehr, bald weniger; und während der „Atempause“, als der Reichsfinanzminister von Schlieben stolz auf seine vollen Kassen verweisen konnte, höhnte die Wirtschaft unter dem Druck der Krise und — der Steuerkränkung. Dann wurden die Reichsminister leor und der Reichsfinanzminister ging mit dem Klingelbeutel bei den Wahlen, so sogar im Abstand herum, um dieser Leere abzuhelfen; aber er lebte nur von der Hand in den Mund. Nun steht es aber, wie der jetzige Reichsfinanzminister in seiner die Reichstagsverhandlungen einleitenden Rede darlegte, gegenwärtig und für die nähere Zukunft wieder etwas besser: das Reich hat zwar im laufenden Haushaltsjahr erst noch einmal einen ordentlichen Pump aufgenommen, hat aber auch mächtig Schulden abgezahlt, so daß es am Ende des Jahres davon nicht mehr haben wird als zu Beginn und Kassen-schwierigkeiten nicht zu befürchten sind. Rund 750 Millionen sind getilgt und „die Bewilligung des Etats aber im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Notverordnung zum Inkraft sein, den Kredit und damit die Aktionsfähigkeit des Reiches auf die Dauer zu gewährleisten“. Also sprach Dr. Dietrich! Nach mannigfachen Enttäuschungen während der letzten zwölf Monate — fast genau vor einem Jahr, am 12. Dezember, wurde nämlich durch eine Reichstagsrede des damaligen Finanzministers Dr. Brüning die erste Finanzreform eingeleitet — heißt es aber auch jetzt wieder vom Steuerzahler: „Noch a m Grabe pflanzt er die Hoffnung auf.“

Wenn so radikal wie diesmal waren die „Sanierungsmaßnahmen“ wohl noch nie und die politischen Gegner Dr. Dietrichs und des Kabinetts Brüning sprechen sogar von einer Eisenbarrikade. Tief einschneidend wirkt die sechszehnjährige Gehaltskürzung für die Beamten in Reich, Ländern, Gemeinden, Reichspost und Reichsbahn, den öffentlich-rechtlichen Körperschaften usw. Mit Weiterwirkung auf die Angestellten und Hilfsbeamten der öffentlichen Hand. Allein bei den Beamten des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost sollen etwa 200 Millionen gespart werden, die Länder werden es nur bei ihren Beamten auf vielleicht 125 und die Kommunen auf etwa 120 Millionen Mark Ersparnisse bringen. Und wenn das Befolgungssperregesetz, wie es vom Reichsrat beschlossen wurde, auch im Reichstag durchgebracht wird, dann dürfte manchen Beamtenklassen namentlich in den Kommunen eine weitere Gehaltskürzung drohen. Davon werden die nichtbeamteten Hilfskräfte bei den Verwaltungen usw. auch sehr bald betroffen, — und eine Verkürzung der Beamtenebezüge um weitere 3,5 Prozent tritt ein, da die bisherige „Reichshilfe“ nur 2,5 Prozent des Gehalts verlangte. Am 1. Oktober 1927 erfolgte die große Reform der Beamtenebezüge, aber, wie Dr. Dietrich jetzt erklärte, sozusagen „unter Vorbehalt“: daß es dem Reich und den Ländern finanziell aus Gründen einer Wirtschaftskrise nicht sehr schlecht ginge! Das sei wider Erwarten aber jetzt der Fall. Und nur ein, allerdings etwas kümmerlicher Trost wird gesendet: gegen 1928 sei der Lebenshaltungsindex schon bis heute um zehn Punkte gesunken, also um 5,8 Prozent, so daß die Gehaltskürzung um 6 Prozent kaum eine Verminderung der Kaufkraft bedeute. Daran knüpft der Steuerzahler die Hoffnung, daß bis zum 1. Februar, jenem Tage also, an dem der Beamte den sechszehnjährigen Gehaltsabzug zu spüren bekommt, dieser Index noch um recht viele Punkte weiter gesunken ist und eine Herabsetzung der Kaufkraft im Millionenhaushalt der öffentlichen Beamten und Angestellten vermieden wird. Denn eine Einschränkung des Abzuges wäre gerade das Gegenteil dessen, was die ganze Steuer- und Finanzreform, was die Neuordnung des Reichshaushalts 1931 mit ihrer Beschränkung der Ausgaben wirtschaftspolitisch bezweckt.

## Die Parteien haben das Wort

### Der Sparetat vor dem Reichstag.

Kritik am Notprogramm. Berlin, 4. Dezember.

Kommt es einem nur so vor, oder ist es Wirklichkeit, daß der um den Reichstag gezogene Sicherungsring heute noch enger als am Vortage ist? Wird noch strenger jeder Nade auf Herz und Nieren geprüft, ehe er sich den heiligen Hallen nähert? Jedenfalls geht einige Zeit dahin, bis allen den freundlichen Herren die Auskunft über Namen und Herkunft verlangt, Rede gehalten ist und die kalte Luft des Dezember-tages mit der angenehmeren Wärme im Sitzungssaal vertauscht werden kann. Die eifrigen Schulleute, die draußen lange Stunden fast ohne Bewegung aushalten müssen, sind nicht zu beneiden.

Der Andrang zu den Verhandlungen hat wesentlich nach gelassen. Abgeordnete und Führertribünen zeigen Lücken und auch die Ministerbank wird unentwegt nur vom Reichs-kanzler und dem Finanzminister betreut. Wildes Aufbäumen der Leidenschaft wird bei der Auseinandersetzung vermieden. Der Sozialist Kell eröffnet die Debatte. Er gibt ziemlich unverdohlen die Kunde, seine Partei gedenke, die Regierung zu stützen. Der Nationalsozialist Feder ist ein gegengelegter Meinung. Die Wirtschaftspartei hat sich entschlossen, den Wandwurm der eingebrachten Wirtschaften-träge gegen das Kabinett durch ihr Wort zu verhängern. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich antwortet dem Nationalsozialisten und betont nochmals: Nur auf dem Wege der vorgelegten Regierungsentwürfe ist die deutsche Krise zu beheben. Wer guten Willen dazu hat, muß glatt ja und amen zur Notverordnung sagen.

Einiger Lärm entsteht bei den Worten des Kommunisten Söder, der weder Heil noch Segen bei der Kabinetts-gefolgenschaft erblidit und starke Worte gebraucht. In ruhiger Zone verteidigt der Zentrumsabgeordnete Erling die Notverordnung. In Grund und Boden verurteilt sie der Deutsch-nationale Bang, während der Volksparteiler Gremer, wenn auch mit Bedenken, dem Kanzler die Stimmen seiner Partei verspricht.

### Sitzungsbericht.

(8. Sitzung.) CB. Berlin, 4. Dezember.

Die Beratung des Reichshaushaltsplans für 1931 beginnt bei anjünglich schwacher Befehung des Hauses. Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dr. Curtius, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sind anwesend. Andere Kabinettsmitglieder erscheinen zeitweilig. Die Aussprache beginnt mit dem

Abg. Kell (Soz.): Die politische Lage in Deutschland steht im Zeichen hochgradiger staatspolitischer und parteipolitischer, wirtschafts- und sozialpolitischer, innen- und außenpolitischer Spannungen. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion wird getragen sein von verantwortungsbewußter, gewissenhafter und nichterner Überlegung.

Die Schutzfrage an den heutigen Zuständen ist mit politischem Parteigeräusche nicht zu lösen. Tatsächlich trägt der Krieg die Schuld. (Widerpruch rechts.) Am schwersten leidet die Arbeiterschaft unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Trotzdem wird ein verheißener Kampf gegen die Lebenshaltung der großen Massen geführt. Die Versorgung der Arbeitslosen ist nicht mehr eine Angelegenheit der Versicherungsanstalt, sondern eine höchst staatspolitische Angelegenheit. Wir würden es begrüßen haben, wenn die Notverordnung vom Juli aufgehoben und durch ordnungsmäßige Gesetz ersetzt worden wäre.

Nach dem 14. September bleibt nichts anderes übrig, als alle Kraft auf die Wahrung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung zu konzentrieren, besonders bei den Bestimmungen über die Sozialversicherung und über die Bürgersteuer. Die Regierung hat in diesen Punkten Änderungen vorgenommen die sich zum Teil mit unseren Wünschen decken (Zwischenruf der Kommunisten. — Abg. Dr. Neubauer (Komm.) erhält einen Ordnungsruf).

Abg. Feder (Nat.-Soz.): Der Reichstag hat durch seinen Verzicht auf die ordnungsmäßige Erledigung des Haushalts für 1930 sich selbst

seine Existenzberechtigung abgesprochen. Auch die Regierung hat keine Verdrängung, da ihr das Vertrauen bisher nicht ausgesprochen sei. Um das zu ermöglichen, hat meine Partei einen Vertrauensantrag vorgelegt. Angesichts des gewaltigen Anwachsens unserer Bewegung wächst die Angst der Novemberverbrecher vor der Abrechnung. Es gibt zwei Dinge, durch die Menschen zusammengehalten werden.

Idealismus und gemeinsam begangene Verbrechen. Uns hält der Idealismus zusammen, Sie (nach links) das zweite. (Lärm im Hause.) Dazu kam das Verbrechen der Inflation. Außer den Tributen haben wir jährlich noch 2 1/2 Milliarden Zinsen an das Ausland zu zahlen, womit die jährliche Belastung Deutschlands auf 5-6 Milliarden steigt. Das ist das Ergebnis der Erfüllungspolitik. Der Nationalsozialismus steht grundsätzlich auf dem Boden des Staatssozialismus und stellt es unter staatlichen Schutz. Selbstverständlich erkennen wir auch das Erbrecht an. Wir sind gegen die Sozialisierung der produzierenden Wirtschaft, aber wir wollen die Verstaatlichung von Handel, Verkehr und Geldwesen.

Deutschland wird in Zukunft nationalistisch oder kommunistisch sein; was dazwischen ist, wird zerbrechen.

### Reichsfinanzminister Dietrich:

Mit dem Vordränger bin ich darin einig, daß das selbständige Gewerbe vor der Gefahr geschützt werden muß, von den Großkonzernen aufgekauft zu werden. Der Zinsfuß wird sich durch staatliche Verbote nicht herabsetzen lassen, die Zinslenkung wird am besten dann erreicht, wenn Deutschland politisch und wirtschaftlich stabil wird. Das erste Mittel dazu ist die Annahme dieses Sparetats. Eine der wichtigsten Aufgaben werde im kommenden Winter sein, die Gemeinden in die Lage zu versetzen, mit der

Last der Wohlfahrtsdienstleistungen, die ihre Etats zu erdrücken drohe, fertig zu werden. Erfreulich sei, daß auch von den Nationalsozialisten anerkannt werde, daß

der verlorene Krieg die Schuld an den heutigen Zuständen trage. Alle Regierungen hätten darum gekämpft, die durch den Krieg entstandenen Schäden zu beseitigen. Die Frage, ob die Inflation überhaupt abzumenden war, sei schwer zu beantworten. Sicher sei aber, daß sie nicht verbrecherisch gemacht wurde. Man dürfe nicht vergessen, daß wir damals einen zweiten Krieg führten, den Ruhrkampf. Auch die deutsche Reichsregierung, so erklärt er zum Schluß, bejah das Lebensrecht des deutschen Volkes, und auch wir haben kein anderes Ziel, als für Ehre und Freiheit des deutschen Volkes zu kämpfen.

Abg. Söder (Komm.) fordert die Arbeiterschaft auf, sich gegen den nationalsozialistischen Terror zusammenzuschließen. In den letzten Monaten seien 27 Arbeiter von den Nationalsozialisten ermordet worden. (Großer Lärm b. d. Nat.-Soz., die nach heftigen Zwischenrufen den Saal verlassen.)

Abg. Erling (Ztr.): Die Nationalsozialisten sind nicht in der Lage, ein klares Regierungsprogramm statt der von ihnen befürworteten Sanierungsvorlage aufzustellen. Der Redner spricht dann von dem Stahlhelmbefehl in Rom und in diesem Zusammenhang auch von den Nationalsozialisten. Abg. Söder (Nat.-Soz.) ruft: Bis hier war kein Mitleid unserer Partei bei Mussolini. Unseren Parteimitgliedern ist die Mitgliedschaft beim Stahlhelm verboten. Der Redner fährt fort: Auch in Italien mußten die Beamtenebezüge gesenkt werden. Diese Tatsache, daß auch Italien zu solchen Bestimmungen übergeht, obwohl es keine Reparationen zu zahlen hat, beweist

den internationalen Charakter der schweren Krise. Der Regierung gebührt Anerkennung, wenn sie den Mut gefunden hat, die Sparmaßnahmen praktisch durchzuführen. Nur bei dem Sozialstatut darf nicht zuviel gespart werden.

Das Opfer der Beamten ist angesichts der großen Opfer der Arbeiterschaft angemessen. Der Redner verlangt Abbau der öffentlichen Verwaltungsausgaben, ihre Senkung um mindestens eine halbe Milliarde.

Abg. Dr. Bang (Dn.): Schärfster Einspruch ist zu erheben dagegen, daß die Rechte des Parlaments

der Verfassung zuwider verzwangt werden. Die Regierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages. Die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 bei der Notverordnung sind auf keinen Fall gegeben.

Das sogenannte Sanierungsprogramm ist nichts weiter als ein neues Erfüllungsprogramm. Es geht nicht an, die Schuld an der katastrophalen Entwicklung auf unvermeidbare Zwangslagen zurückzuführen. Schuld ist vielmehr die bisherige Art der Haushaltsgestaltung und die fessellose Ausgabemethodik des marxistischen Staates. Endlich muß man sich rückhaltlos

zum Grundsatz armer Völker bekennen, daß sich der öffentliche Bedarf nach den Einnahmen zu richten hat. Die Hoffnungen auf die neuen Steuern tragen. Die Einheitssteuer wird der Not der Landwirtschaft keinesfalls abhelfen.

Die deutschnationale Fraktion will sich an der Selbsttötung der Regierung nicht beteiligen und lehnt deshalb das sogenannte Sanierungsprogramm und den Haushalt ab. Redner schließt mit dem Rufe: „Wieder eine national-völkische Diktatur als eine rote!“

Abg. Gremer (D. Vp.) spricht sich im wesentlichen für noch stärkere Einsparungen beim Etat aus. Was die Sozialversicherung anbetrifft, so ist wohl viel geschehen, aber es darf nicht weiter sozialistische Wünsche nachgegeben werden.

Wir verlangen weiter auch Steuervereinfachung und Vereinfachung. Ein bestimmter Teil der Hauszinssteuer muß zur Senkung der Realsteuern dienen.

Wir hoffen, daß die Erwartungen der Regierung sich erfüllen, daß nämlich vor allen Dingen der Wohnungsbau durch private Mittel fortgeführt werden kann.

Abg. Dr. Gercke (D. Landv.-P.): Zum Bedauern des Abgeordneten kann die Partei die neue Notverordnung nicht billigen. Sie hat schwere Bedenken von Anfang an gehabt gegen Reichsfinanzminister Dietrich, dessen finanzpolitische Auffassungen in der neuen Notverordnung ihren Niederschlag gefunden haben. Der Redner kritisiert eingehend die Bestimmungen und die Ausführungen des Ministers Dietrich. Der Reichskanzler sollte zur ursprünglichen Linie seiner Politik zurückkehren und eine Umbildung des Reichskabinetts vornehmen.

Abg. Adolph (Volkstat.): Das Volk will heute vom Reichstag keine parteipolitischen Auseinandersetzungen, sondern schnelle Hilfe. Die Not ist so groß, daß man sie durch parteiische Verbündungen nicht noch größer machen soll. Seine Partei wird für die Ausreicherung der Notverordnung eintreten. Darauf werden die Beratungen abgebrochen und das Haus verläßt sich auf Freitag.